



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31834 - 33
Fernschreiber 0386890

B/XII/291 - 20. Dezember 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Die NATO-Konferenz in Paris / Eigenbericht (IV)	S. 1
Englands Jahresbilanz	S. 3
Wie steht es mit dem sozialer. Wohnungsbau ?	S. 5
Kennan und unser Verhalten	S. 8
Rentner-Wünsche für das neue Jahr	S. 9

Pariser Schlussbilanz

G.M., Paris

Es ist anzunehmen, dass die Welt nach dieser Pariser NATO-Konferenz einige Überraschungen erwarten darf. Der Text des Abschlusskommuniqués enthält nämlich eine Reihe von Lösungsmöglichkeiten, deren Bedeutung vielfältig - um nicht zu sagen vielschichtig - ist.

Da ist zunächst die "Prinzipienzustimmung" zum Bau von Abschussbasen für Raketen und der Lagerung von Atomsprengkörpern. Schon wenige Stunden nach Abschluss der Konferenz konnte man bei allen noch in Paris weilenden Delegationen hören, dass jede von ihnen sich etwas anderes unter dieser Prinzipienzustimmung vorstellt. Eigentlich scheint nur die amerikanische Delegation davon überzeugt zu sein, ihre Absichten durchgesetzt zu haben. Jedenfalls tut sie so, als ob ihr das gelungen wäre. Ihr Ziel war es, auf dieser Konferenz eine militärische Demonstration der europäischen Bündnispartner zu veranstalten, um in den USA sagen zu können, trotz Sputniks und interkontinentaler russischer Raketen steht die "Wacht an der Elbe". Innenpolitisch dürfte gerade das für Eisenhower von grösster Bedeutung sein.

Bei den europäischen Konferenzteilnehmern sieht das aber ganz anders aus. Niemand hat sich zu einer Entscheidung verpflichtet, denn alle praktischen Fragen sollen erst später von den Militärs und den Aussenministern geklärt werden.

In Paris ist man überzeugt davon, dass Adenauer ein Doppelspiel getrieben hat. Niemand zweifelt daran, dass die amerikanischen Militärs feste Zusagen für den Bau von Raketenabschussbasen auch für Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden in der Tasche haben. Natürlich

zunächst nicht für die Bundeswehr, sondern für die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen. Offen dürfte eigentlich nur noch die Frage sein, ob, und wenn ja, wann die Bundeswehr ebenfalls von diesen Einrichtungen Gebrauch machen kann und wird. Niemand vergisst hier in Paris den Satz aus Adenauers Ansprache zur Eröffnung der Konferenz, wo es hiesse, alle NATO-Partner müssten mit den modernsten Waffen ausgerüstet sein, mit Waffen, die denen eines mutmasslichen Gegners gleichwertig sind.

Fest steht jedenfalls, dass die Amerikaner gewillt sind, sich an dieses Wort des Bundeskanzlers zu halten.

Der andere Komplex - die Wiederbelebung der Abrüstungsverhandlungen - ist ebenfalls jetzt schon unstritten. Man will die Russen einladen, die Gespräche wieder dort aufzunehmen, wo sie abgebrochen wurden und dann erst - falls Moskau ablehnt - die Aussenminister von fünf Atlantikpakt-Staaten einsetzen. Das ist eine komplizierte Prozedur, denn unter den fünf besteht durchaus keine Einmütigkeit darüber, was man den Russen vorschlagen will oder kann. In der Zwischenzeit soll das militärische Dispositiv der NATO in allen seinen Verästelungen auf den Höchststand der Wirkungsmöglichkeit gebracht werden. Sehr deutlich sagt man, dass die Wissenschaftler der NATO-Länder zusammenarbeiten sollten und dokumentiert damit den Willen, die Wissenschaft ganz in den Dienst der Militärs zu stellen. Man darf gespannt darauf sein, welcher Wissenschaftler freiwillig die Führung hierbei übernehmen wird.

Das rein politische Ergebnis der Konferenz ist sehr mager. Gewiss, man hat auch von den Bulganinbriefen gesprochen, man hat auch den Rapacki-Vorschlag erörtert. Aber - und hier ist das Kriterium für die politische Verwertung der Konferenz - konkrete Hinweise auf eine positive Behandlung dieses ganzen Fragenkomplexes wird man vergeblich suchen. Einige NATO-Staaten wollen auf diplomatischem Wege in Moskau Einzelheiten zu erfahren suchen. Auch in Warschau soll gefragt werden. Das Abschlusskommuniqué selbst enthält jedoch keinen klaren Hinweis darauf, was nun eigentlich mit den Bulganinbriefen und den Rapackivorschlägen geschehen soll.

Zur Wiedervereinigung Deutschlands wird praktisch noch einmal wiederholt, was die Westmächte bei früheren Gelegenheiten bereits gesagt haben, womit die gewohnte Antwort Moskaus geradezu herausgefordert wird.

Gewiss, diese Pariser Konferenz hat auch einige politische Aspekte aufzuweisen, und es ist das grosse Verdienst der sozialdemokratisch regierten Länder Dänemark und Norwegen, dass sie nicht ganz im Militäri-

schen haften blieb. Aber neue konstruktive Ideen im Sinne der Entspannung der Weltsituation hat sie nicht gebracht. Die Rolle, die man während der Konferenz einem Adenauer in einem Teil der deutschen Presse angedichtet hat, ist einfach erfunden. Wenn mehrere amerikanische Zeitungen Adenauer angegriffen haben, dann nur deswegen, weil er aus Rücksicht vor der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik nicht gleich hundertprozentig die amerikanische Linie bezogen hatte. Er und seine Delegation waren aber im weiteren Verlauf der Konferenz stets bereit, allen militärischen Demonstrationsebsichten des NATO-Ensembles nachzukommen.

Es ist nicht schwierig, die Reaktion des Ostens auf diese Pariser Konferenz vorauszusagen. Die zahlreichen in Paris anwesenden polnischen Journalisten und diplomatischen Beobachter sind tief enttäuscht darüber, dass nicht einmal der polnische Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone offiziell angesprochen wurde. Sie befürchten, dass jetzt auch Polen und die Tschechoslowakei Stationierungsgebiet für russische Abschussbasen werden. Mehr als einmal wurde von den Norwegern und Dänen der Kennan-Vorschlag und die Rapacki-Vorschläge in den Vordergrund der Verhandlungen gerückt. Die deutsche Delegation hat diese Initiative nicht unterstützt. Man ist einfach ausgewichen und hat auf eine spätere "Gipfelkonferenz" mit den Russen verwiesen, die - vielleicht - kommen kann, wenn sich Moskau von der jetzt wieder in Paris zur Schau gestellten Politik der Stärke beeindruckt lässt.

Trotz allem: In privaten Gesprächen mit Delegationsteilnehmern machte sich während dieser Tage eine gewisse Unsicherheit bemerkbar. Man spürte sehr wohl und gab es auch offen zu, dass im Grunde genommen die Konferenz nur eine Show war. Man gab auch zu, dass man nicht weiter gekommen ist, weil man, offenbar aus Rücksicht auf Eisenhower und dessen innenpolitische Position in Amerika, keine neuen Ideen propagierte und weil die besseren Ideen bei jenen politischen Kräften in Europa zu finden sind, die in der Opposition zur ideenlosen Militärpolitik der NATO stehen.

Die Namen Bevan, Kennan, Ollenhauer, Rapacki und die mit diesen Namen verbundenen politischen Vorstellungen lebten auf der Konferenz mit. Vielleicht ist das der Grund, dass man Beschlüsse fasste, die nicht sofort realisierbar sind. Vielleicht hat man noch Türen zu politischen Entscheidungen offen gelassen, weil einem selbst vor der Fruchtlosigkeit der militärischen Entscheidungen graut. Vielleicht!

Die weitere politische Entwicklung in Europa und in der Welt wird im wesentlichen davon abhängen, ob es den kritischen Beobachtern der militärischen NATO-Politik gelingt, bis März oder Mai so viel gemeinsame Kraft zu entwickeln, dass sie die Türen zu politischen Entscheidungen im Ost-West-Konflikt aufstossen können. Die Pariser NATO-Konferenz hat hierzu jedenfalls noch keinen Beitrag geleistet.

Ein Jahr der Resignation

E. A., London

An dem kalten und nebligen Abend des 16. Dezember wanderte ein Kameramann und ein mit Mikrophon bewaffneter Reporter der BBC durch die Euston Road und fragte die von der Arbeit nach Hause eilenden Londoner nach ihren Ansichten über die soeben begonnene NATO-Gipfeltagung in Paris. Auch nicht eine der Antworten offenbarte ein echtes Interesse und tiefere Kenntnis dessen, was in Paris vor sich ging. Ein adrett gekleidetes Mädel, sie konnte eine Kontoristin, Verkäuferin oder eine Jungarbeiterin gewesen sein, erwiderte auf die Frage: "Wer vertritt Grossbritannien auf der Konferenz" mit der gleichgültigen Bemerkung: "Eisenhower, wie ich annehme". Wer in England hätte sich derartig uninteressiert gezeigt zu den Zeiten, als ein Churchill, ein Attlee oder sogar noch ein Eden die Staatsgeschäfte leitete! Dabei hatte Premierminister Macmillan zwei Tage vorher noch über alle Hör- und Fernsehsender volle fünfzehn Minuten über seine bevorstehende Reise zur NATO-Konferenz gesprochen.

Das Jahr, das mit Macmillans's Regierungsbildung begonnen hatte, endet mit einer geradezu erschreckenden politischen Gleichgültigkeit und einem selten erreichten Tiefstand der Regierungspopularität.

Der Rücktritt Edens

Am 9. Januar war der kranke Sir Anthony Eden abends unerwartet von einem kurzen Landurlaub nach London zurückgekommen und hatte die Königin aufgesucht. Als er Buckingham Palace verliess, surrten die Kabel in alle Welt: Anthony Eden ist zurückgetreten. Das war nach aussen hin der Schlusstrich unter die Suez-Intervention. So wenigstens konnte man das auffassen. Die Nachfolge lag zwischen zwei Männern: Richard Austin Butler hatte Eden verschiedentlich während seiner Krankheit als Premierminister vertreten. In der Suezkrise hatte er sich persönlich zurückgehalten und war im Kabinett für die rasche Beendigung des Interventionsabenteuers eingetreten. Der nach ihm mächtigste Mann in der konservativen Partei war Harold Macmillan, der wie Aussenminister Lloyd ein eifriger Verfechter der bewaffneten Intervention gewesen war. Winston Churchill und Lord Salisbury empfahlen der Königin, Macmillan mit der Führung der Regierungsgeschäfte zu betrauen. Er wurde Premierminister, weil er der Masse der Konservativen als der Eden nahestehendste Politiker erschien, der dessen Linie zumindest äusserlich nicht verlassen konnte. Das Halbdunkel um Macmillans Regierungsantritt bestimmte die nunmehr verflossenen zwölf Monate der britischen Politik.

Kapitulation in der Weltpolitik

Gewiss, die Suezpolitik wurde liquidiert, aber nicht offen und entschlossen, sondern zaudernd mit ableugnenden Erklärungen. Man wagte weder die finanziellen und wirtschaftlichen Kosten einzugestehen, noch die politische Korrektur offen vorzunehmen. Man erklärte den Riss in den amerikanisch-britischen Beziehungen als geheilt, als Macmillan zu einer Besprechung mit Präsident Eisenhower nach Bermuda fahren konnte. Man verhehlte dem britischen Publikum den Preis, den Harold Macmillan dafür zahlen musste. Dafür, dass die Vereinigten Staaten seiner Regierung durch versteckte Anleihen das Leben ermöglichten, kapitulierte Macmillan auf allen den Gebieten der Weltpolitik, auf denen seine Vorgänger auf Vertretung der britischen Interessen der amerikanischen Konkurrenz gegenüber bestanden hatten. Grossbritannien dankte im Mittelosten zugunsten der Eisenhower-Doktrin ab. Es verzichtete darauf, den Amerikanern in der Fernostpolitik durch Empfehlung der Anerkennung

Rotchinas Schwierigkeiten zu bereiten. In der Ost-West-Politik unterschrieb Macmillan unbedenken alle Torheiten, die John Foster Dulles im Laufe eines Jahres vorschlagen mochte.

Eisenhowers Beauftragter in Europa

Es wurde nicht besser dadurch, dass man die amerikanische Politik, zum Beispiel während der Londoner Abrüstungsverhandlungen nur widerwillig mitmachte, denn dadurch trug die britische Regierung nur dazu bei, positive Vorschläge zu verschleppen und die Absichten Stassen's zu diskreditieren. Die völlige Abhängigkeit Londons von Washington offenbarte sich deutlich bei den Waffenlieferungen an Tunesien, wobei die britische Regierung die Hauptlast der französischen Expörung über sich ergehen lassen musste. Nachdem sich Macmillan im Oktober wieder mit Präsident Eisenhower getroffen und mit ihm zusammen die westliche "Interdependenz" - die gegenseitige Abhängigkeit - ausgeheckt hatte, glaubte er stark genug zu sein, um den französischen Unmut über Tunesien und die Entfremdung mit Bonn über die Stationierungskosten hinnehmen zu können. Er handelte als Eisenhower's Beauftragter in Europa - ohne aber das Ansehen und die Mittel des grossen Bruders zu besitzen. Selbst in Paris spielte er infolgedessen eine zwiespältige Figur mit einer schwächlichen, unbestimmten Politik. Während die Russen mit interkontinentalen Raketen und Sputniks das amerikanische Selbstvertrauen erschütterten, versuchte Harold Macmillan das berühmte Rezept der westlichen Interdependenz, das aber darauf hinauslief, dass Grossbritannien freiwillig die Rolle eines amerikanischen Satelliten auf sich nahm. Während jetzt schon ständig amerikanische Fernbomber mit abwurfbereiten Wasserstoffbomben über den britischen Inseln patrouillieren, werden in weniger als einem Jahre auch amerikanische Raketeneinheiten, über deren Einsatz nicht die Regierung in London, sondern diejenige in Washington verfügt, auf britischen Boden stationiert sein. Das alles liess sich vielleicht noch vom britischen nationalen Standpunkt her rechtfertigen, wenn Macmillan dafür eine stärkere britische Einflussnahme auf die amerikanische Politik eingehandelt hätte. Alle schönen Worte über Wiedernerstellung der westlichen Einheit usw. können nicht darüber täuschen, dass unter Macmillan Grossbritannien politisch abgedankt hat und auch nicht die geringste Aussicht besitzt, in der näheren Zukunft in weltpolitische Entscheidungen tatkräftig einzugreifen.

Hoffnung auf Neuwahlen

Kompromittiert in Aussen- und Innenpolitik wird daher heute Harold Macmillan als der seit Chamberlain unbeliebteste Premierminister empfunden. Wahrscheinlich aber ist der Zermürbungsprozess innerhalb der britischen Konservativen noch nicht so weit fortgeschritten, dass Macmillan, der durch eine Intrige an die Macht kam, nur seinerseits durch eine Tory-Intrige abgesetzt werden könnte. Schliesslich wäre das auch keine politisch wünschenswerte Lösung. Die britische Aussen- und Innenpolitik wird aus ihrer Erstarrung nur durch einen Parteienwechsel befreit werden können, wie ihn Neuwahlen herbeiführen würden. Das bleibt die Hoffnung - für Grossbritannien und die Menschheit - an der Neujahrsschwelle.

Ergebnisse und Erwartungen

Von Dr. Julius Brecht, Vorsitzender des Verbandes gemeinnütziger Wohnungs-
bauunternehmen

Es wird noch einige Wochen dauern, bis die genauen amtlichen Ergebnisse des Wohnungsbaues 1957 feststehen und bekanntgegeben werden. Wie sie auch ausfallen mögen, sicher ist schon heute: die Zahl der im Jahre 1957 bezugsfertig gewordenen Wohnungen wird die Ergebniszahl der beiden Vorjahre 1955 und 1956 nicht mehr erreichen. Sie bleibt beträchtlich zurück. 1956 konnten in der Bundesrepublik rund 561.000 neue Wohnungen bezugsfertig erstellt werden, dazu in Berlin rund 20.000. Und 1957? Noch sind wir aus der Überhangszahl, aus den Zahlen über die Baugenehmigungen und aus allgemeinen Beobachtungen auf Schätzungen angewiesen. In der Bundesrepublik wird die Zahl der bezugsfertig gewordenen Wohnungen etwa zwischen 500-520.000, eher an die 500.000 herankommend, liegen.

Erheblicher Rückgang

Dieses in Kürze statistisch zu belegende Faktum ist in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Es ist das erste Mal seit der Währungsreform, dass das jährliche Produktionsergebnis im Wohnungsbau nicht mehr zugenommen hat. Bisher hatten wir von Jahr zu Jahr ein steigendes Ergebnis, wie ja auch das Sozialprodukt von Jahr zu Jahr gestiegen ist. 1957 ist zwar das Sozialprodukt, wenn auch geringfügiger als in den bisherigen Jahren, noch um 5 % gestiegen, das Wohnungsbauergebnis hat jedoch abgenommen! Das ist ein wirtschaftspolitisches und soziales Faktum, das ernste Sorgen auslösen muss. Der Rückgang ist auf dem wirtschaftlichen Versorgungsgebiet eingetreten, wo Familien und Menschen trotz Wirtschaftswunder und Aufbauleistung immer noch mit rund 3 Millionen fehlenden Wohnungen erheblich unterversorgt sind. Der Rückgang ist dabei, wenn man von den absoluten Zahlen absieht, recht erheblich. Er wird bei 8 bis 10 % gegenüber dem Vorjahr liegen. Dabei ist zu bedenken, dass dies in dem bedeutsamen Wahljahr eintrat, also einem Jahr, in dem besondere Anstrengungen im Einsatz der öffentlichen Förderung gemacht wurden.

Mangelnde Kapitalmarktversorgung

Die Ursachen und Gründe für den Rückgang liegen im Jahre 1956, nicht in 1957. Damals hat die Bundesregierung und besonders das Wohnungsbauministerium viel zu lange bestritten und darüber hinweggesehen, dass die Kapitalmarktversorgung für den Wohnungsbau rapid zurückging. Sie hat auch viel zu spät mit den notwendigen Gegenmassnahmen eingegriffen, nämlich erst, als der Rückgang des Wohnungsbaues wirklich nicht mehr abzustreiten und allen sichtbar war. Die Gegenmassnahmen sind praktisch erst Anfang dieses Jahres wirksam geworden, zu einer Zeit, als die Kapitalmarktsituation noch recht schlecht war. Zur gleichen Zeit war auch der Einsatz der öffentlichen Mittel geschwächt, weil die Länder und Gemeinden erst den Übergang in die schwierig-komplizierten Neuregelungen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes zu bewältigen hatten.

Unrealer Optimismus

Von den rund 500.000 fertiggestellten Neubauwohnungen (oder einigen Tausend darüber) dürften etwa 300-320.000 auf die öffentliche Förderung der verschiedensten Art entfallen. Der prozentuale Anteil der sozialen Wohnungen ist also wieder etwas gestiegen, aber nur deshalb, weil der Wohnungsneuzugang absolut zurückging. Es kann daraus aber nicht ge-

geschlossen werden, dass deshalb mehr von den Familien, die leider nur über ein besonders geringes Einkommen verfügen, zu einer eigenen Wohnung gekommen sind. Das Zweite Wohnungsbaugesetz hat diese Mischung bisher noch nicht herbeigeführt. Die Wohnversorgung dieser vordringlich Wohnungsbedürftigen, die bisher am wenigsten berücksichtigt wurden, muss erst noch kommen. Mit Recht ist deshalb schon gesagt worden, dass die Beseitigung der noch bestehenden Wohnungsnot viel schwieriger ist, als die bisherigen Leistungen.

Durch den Zugang von rund 500-520.000 neuen Wohnungen wird das immer noch bestehende Wohnungsdefizit nur um etwa 200-220.000 vermindert worden sein. Der andere Teil des Neuzuganges entspricht gerade dem zusätzlich aufgetretenen neuen Bedarf, der durch die Neugründungen von Haushalten und durch die Zuwanderung aus dem andern Teil unseres Vaterlandes entstanden ist. Also: der übliche Optimismus, als ob der Wohnungsneubau ganz dazu dienen könnte, das Wohnungsdefizit zu vermindern, ist unreal und falsch. Das wird auch für die nächsten Jahre so bleiben, immer nur etwa die Hälfte (bei rund 500.000 Neuproduktion) dient zum Abbau des Defizits. Es wird also doch noch Jahre dauern, bis die Wohnungsnot ganz beseitigt ist!

Es fehlen noch drei Millionen Wohnungen

Der Wohnungsbau 1957 stand in einer besonders gefährlichen Krise, einer gefährlicheren als vor Jahresfrist, als es keine Hypotheken gab. In diesem Jahre wurde von amtlicher und interessierter Seite immer wieder versucht, den Wohnungsbedarf und die ernste Situation der Wohnversorgung, das Fortbestehen des Wohnungsmangels abzustreiten oder zum mindesten zu bagatellisieren. Wäre das geglückt, so hätte dies dazu dienen können, die öffentliche Förderung des sozialen Wohnungsbau noch mehr einzuschränken, als es ohnehin vom Jahre 1958 ab schon geschieht. Erfreulicherweise konnte diese Attacke auf den sozialen Wohnungsbau jetzt einigermaßen abgewehrt werden.

Von vereinzelt Gegenmeinungen abgesehen, wird in der Öffentlichkeit von der bedauerlichen Tatsache ausgegangen und durch die Ergebnisse der Wohnungszählung bestätigt, dass noch rund drei Millionen Wohnungen fehlen. Dazu kommt aber noch der weitere Bedarf an Wohnungen, die für die Zuwanderung von Sowjetzonenflüchtlingen und für die Beseitigung und den Abriss von Elends- und Primitivwohnungen erforderlich sind. Das ist sicherlich nochmals ein grosser Posten. Der Bedarf an Wohnungen für Sowjetzonenflüchtlinge ist dabei vorrangig und kann nicht zeitlich zurückgestellt werden. Hier hat sich bereits ein grosser Bedarf aufgestaut, da die Förderungsmassnahme seit langem stockt. Hier ist mancherlei versäumt worden und hier muss schnellstens unbürokratisch gehandelt werden. Auf keinen Fall dürfen wir aber in Schlichtwohnungen abgleiten! Man sieht: für die nächsten Jahre noch gestellte Aufgaben in der Wohnversorgung sind riesengross!

Ungünstige Aussichten für 1958

Wie sind demgegenüber die Aussichten für das Jahr 1958? Nicht so günstig, wie viele meinen. Es gibt zwar wieder reichlicher erste Hypotheken, aber sie sind sehr viel teurer geworden und ergeben also wesentlich

höhere Mieten. Die Baukosten sind in letzter Zeit nicht mehr gestiegen, dagegen aber unentwegt die Grundstücks- und Aufschliessungskosten. Es ist auch zu befürchten, dass die Preissteigerungen bei der Kohle und beim Stahl auf die Baukosten übergreifen werden. Vor allem steht die Wohnungsbaufinanzierung 1958 vor der Tatsache, dass die öffentlichen Mittel beträchtlich zurückgehen. Die Bundeshaushaltsmittel sind durch das Zweite Wohnungsbaugesetz um 70 Millionen DM gekürzt, die Förderungsmittel des Lastenausgleichsfonds werden ausserdem um rund 200 Millionen DM geringer. Was etwa an andern Positionen gekürzt wird, ist noch nicht bekannt. Der Bund möchte den Ausgleich durch die Länder und Gemeinden herbeiführen. Es ist auf jeden Fall angesichts des erneut festgestellten Wohnungsbedarfs erwiesen, dass der im Zweiten Wohnungsbaugesetz eingeführte Abbau der öffentlichen Mittel viel zu früh gekommen ist. Er müsste schnellstens um einige Jahre hinausgeschoben werden, ja es wird nötig werden, die öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau noch zu erhöhen! Die sozialdemokratischen Wohnungspolitiker haben immer gewarnt und auch deshalb gegen das Gesetz gestimmt.

Auflockerung der Rangfolgen

1958 wird auch nur dann wieder ein gutes Wohnungsbaujahr werden, wenn alle politisch-parlamentarischen Kräfte in Bund und Ländern darin zusammenwirken, den vorranglichsten Bedarf der bedürftigsten Bevölkerungskreise mit neuen Wohnungen zu decken. Dieses Problem ist zwar oft proklamiert worden, aber noch lange nicht gelöst. Die Rechtsform, unter der diese Wohnungen geschaffen werden, ist nicht allein oder in erster Linie entscheidend. Es kann in der Kleinsiedlerstelle und im Eigenheim ebenso geschehen wie es auch in der Form von Genossenschafts- und Mietwohnungen nötig ist. Das sollte endlich einmal ohne allen Dogmatismus anerkannt werden. Die komplizierten Regelungen der strengen Rangfolgen im Zweiten Wohnungsbaugesetz müssen dazu vereinfacht und aufgelockert werden. Der dringlichste Wohnungsbedarf sitzt in den Städten und in den industriell durchsetzten Gebieten, ohne dass die Grenzen dabei starr nach den Gemeindegebieten gezogen werden können. Die öffentlichen Mittel und Förderungsmassnahmen müssen deshalb mehr und mehr darauf konzentriert werden, die örtlich-regionalen und die sozialen Schwerpunkte des Bedarfs zu versorgen.

Für ein solches Programm sollten alle politischen Kräfte gewonnen werden. Das könnte von einem neuen Aspekt her dem echten sozialen Wohnungsbau wieder die Impulse geben, die er angesichts des immer noch bestehenden Wohnungsmangels dringend nötig hat.

Lasst uns unsere Fenster öffnen!

-dt. Mao in Peking hatte das "lasst alle Blumen blühen"! kaum ausgesprochen, da war seine Parole schon wieder verwelkt. Man denkt an sie zurück, und denkt mit Bedauern an ihre Kurzlebigkeit, wenn man jetzt George Kennan in seinem letzten Vortrag sagen hört: "Lasst unsere Fenster öffnen!" Die Formulierungen ähneln sich. Aber was noch mehr dazu berechtigt, bei Kennan und Mao zu erinnern, ist, dass auch inhaltlich etwas durchaus Ähnliches gemeint ist.

"Wenn wirklich ein frischer Wind durch unsere Reihen gehen muss", sagt George Kennan, "um uns in die Lage zu versetzen, erfolgreich der V rachtung und Feindschaft zu begegnen, die uns der Weltkommunismus entgegenbringt, dann lasst uns unsere Fenster öffnen, damit dieser Wind hereinweht." Es ist des "frischen Windes" wegen zu hoffen, dass Kennans Worte lange Zeit gültig bleiben. Um was für frischen Wind es sich handelt, hat Kennan selbst in des Nachdenkens wertigen Worten angedeutet: "Russland steht uns nicht nur mit einer Aussenpolitik oder einer Militärpolitik gegenüber, sondern auch mit integrierter Philosophie des Handelns auf innen- und aussenpolitischem Gebiet. Nur auf die gleiche Weise können wir eine wirksame Erwiderung finden. Schauen wir daher nicht auf den Beratungstisch der NATO und erwarten, dass von dort die grundlegende Stärke kommt, auf der die Sicherheit der westlichen Welt ruhen muss. Die Staatsmänner dort können nur mit dem arbeiten, was sie besitzen. Davon sind Armeen und Waffen nur der kleinere Teil. Der grössere Teil liegt in dem Verhalten unserer Generation - gegenüber uns selbst und gegenüber anderen."

Dieser Absatz unterscheidet sich von der klaren Sachlichkeit, die sonst Kennans im Übrigen eleganten Stil kennzeichnet. Hier wird er beschwörend. Hier ist er einmal weniger präzise - absichtlich, sicherlich, um der Interpretation genügend Raum zu lassen. Denn es ist klar, dass diese Worte nicht ganz genau auf dasselbe hinauslaufen, je nachdem ob sie von einem Bankier in USA oder einem Busschaffner in der Bundesrepublik gehört werden. Für beide gälte, dass es von ihrem Verhalten abhängt, wie sich die Welt Dinge entwickeln. Nur wird sich jeder von ihnen unter der "Philosophie des Handelns", die wir zur "wirksamen Erwiderung" brauchen, etwas anderes vorstellen. Und eben deswegen soll hier auf diese

grundsätzliche Stelle bei Kennan, die ohne unmittelbare politische Bedeutung ist, mit allem Nachdruck hingewiesen werden. Weil Kennan hier implicite sagt, dass wir sowohl auf dem aussenpolitischen wie auch auf innenpolitischen Gebiete unseres Handelns neue Methoden und einer neuen Gesinnung Raum verschaffen müssen.

Die Ablehnung, die das offizielle Bonn dem in der ganzen Welt hochgeschätzten Mann entgegenbringt, dürfte nicht zuletzt darin zu suchen sein, dass Kennans Wirken nicht die Adenauer-Haltung, sondern vielmehr die aussen- und innenpolitisch vorwärtsdrängende Haltung der sozialdemokratischen Opposition rechtfertigt. Dass die starren Dogmatiker einen Pflock zugunsten derer zurückstecken sollen, die das Dogma (etwa das NATO-Dogma und einige innen- und gesellschaftspolitische Dogmen) ablehnen - das ist die inhaltliche Ähnlichkeit von "Lasst uns unsere Fenster öffnen" mit "Lasst alle Blumen blühen". Hoffentlich werden die Fenster geöffnet!

* * *

Rentner-Wünsche für das neue Jahr

-nn. Wie immer, wenn ein Jahr zu Ende geht, hat man spezielle Wünsche, bei denen man hofft, dass das neue Jahr nun endlich ihre Erfüllung bringen möge. Dies gilt nicht zuletzt vor allem für die aber-tausende von Rentnern, die keine oder nur eine unzulängliche Verbesserung ihrer Lage durch die Rentengesetze vom Januar 1957 erhielten. Die Rentengesetze vom Beginn des Jahres sahen u. a. vor, dass die durchzuführen- den Umstellungen der laufenden Renten auf das neue Recht, insbesondere für die Fälle der sogenannten Wanderversicherung, spätestens bis zum Dezember 1957 abgeschlossen sein sollten. Den Empfängern von Leistungen auf Grund der Bestimmungen des Fremdrenten- und Auslandsrentengesetzes war zudem verbindlich eine dringend erforderliche Durchführungsverordnung zur Angleichung ihrer Bezüge an die der übrigen Rentner im Bundesgebiet bis zum Juni 1957 versprochen worden.

Die Passivität der verantwortlichen Bundesregierung Adenauer in der Behandlung dieser Angelegenheiten stimmt mehr als nachdenklich. Die Enttäuschungen steigerten sich von Tag zu Tag. Allzuvielen der den Rentnern gegebenen Versprechungen wurden nicht gehalten. Diese Rentner mussten aber dann bei jeder Zahlung an den Postschaltern die unterschiedliche Behandlung ihrer Renten gegenüber der der übrigen als einen bitteren

Hohn empfinden. Auch die noch einmal unmittelbar vor den Bundestagswahlen bekanntgegebene Beteuerung des Bundeskanzlers, er werde sich, sobald die neue Bundesregierung gebildet sei, um die Beseitigung der bekanntgewordenen Mängel und Härten bemühen, wurde bisher nicht verwirklicht.

Die Bundesregierung hat, wie am Ende des Jahres festgestellt werden muss, wieder einmal so gut wie nichts getan. Die Wiederholung der Ankündigung, man wolle jetzt etwas unternehmen, wie sie in der Regierungserklärung zu finden war, kann nicht als Gegenbeweis gewertet werden. Als am 28. November die SPD-Bundestagsfraktion eine Grosse Anfrage im Bundestag einbrachte, und konkrete Auskünfte ertat über das, was die Bundesregierung zur Beseitigung der Härten zu tun gedenke, wurde die Gelegenheit zu verbindlichen Erklärungen der Bundesregierung nicht genutzt.

Der Deutsche Bundestag ist bis Mitte Januar in die Ferien gegangen. Die Antwort auf die Anfrage der SPD steht noch aus. Rechte Festtagsstimmung will deshalb bei den betroffenen Rentnern nicht aufkommen. Wenn sie schon nicht, wie ursprünglich versprochen, an den Festtagen im Genuss ihrer Erhöhungen sind, so hätten sie doch wenigstens eine Erklärung dafür erwarten können, warum sie auch weiterhin warten sollen. Bleibt also nur die bange Frage, ob das neue Jahr ihnen dann endlich die seit langem zugesagten, wie im Gesetz vorgesehenen Hilfen beschert.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler